Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe, monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.10. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatl. M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50, Morgen-Ausgabe M. 5.—, Abend-Ausgabe M. 2.50, Sonntags-Ausgabe M. 1.— monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand: monatl. M. 10.— u. Drucksachen-Preis. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage des Tausend Mk. 12.— netto, für Teilauflage des Tausend Mk. 15.— netto, für Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 2500. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 276 — Donnerstag, den 17. Juni — **1920**

Dr. Mayer-Kaufbeuren Reichskanzler

Ein Kabinett der Mitte

Zentrum und Demokraten sollen die Regierung bilden

Berlin, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Trimborn hat, wie wir hören, dem Reichspräsidenten Ebert den Rat erteilt, den deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer-Kaufbeuren, mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen. Der Reichspräsident hat diesen Rat angenommen. Herr Dr. Mayer-Kaufbeuren, der als Abg. der Bayrischen Volkspartei in den neuen Reichstag wiedergewählt ist, soll auf Grund eines Programms seine Mitarbeiter auswählen. Wie wir zuverlässig hören, ist bereits eine Liste von Männern, die zum Eintritt in ein solches Kabinett aufgefordert werden sollen, zusammengestellt; darauf steht auch ein Kandidat der Deutschen Volkspartei. Diese Liste hat natürlich nur nebensächlichen Wert, da erst auf Grund eines festen Programms des neuen Mannes die geeigneten Mitarbeiter zum Eintritt in das Kabinett aufgefordert werden können.

Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Block der Mitte, den Herr Trimborn zuerst angestrebt hatte, ist nicht gescheitert, sondern wird allerdings nur aus Zentrum und Demokraten bestehen, weil Dr. Heinze den ihm angebotenen Posten des Justizministers abgelehnt hat. Immerhin dürfte, wie wir hören, die Deutsche Volkspartei dem Block der Mitte ihre parlamentarische Unterstützung nicht entziehen, sowie sein Programm nicht ihren eigenen Grundsätzen zuwiderläuft. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß Dr. Mayer der Reichskanzler des neuen Kabinetts sein wird, und daß das Kabinett, neben Demokraten- und Zentrumsparlamentariern, aus politisch neutralen Fachmännern bestehen wird.

*

Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Zwei Versionen liefen um die Mittagsstunde durch die Wandelgänge des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, wo es immer Leute gibt, die angeblich alles wissen und über die Zusammenhänge orientiert sind. Aus dem Optimismus der Zentrumsleute, welche verlauten ließen, daß Herr Trimborn in der Nachmittags-Fraktionssitzung des Zentrums, die um 3 Uhr beginnen sollte, bereits eine fertige Ministerliste vorlegen wollte, schlossen die einen auf einen Block der Mitte — Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei — unter wohlwollender Neutralität der Sozialdemokraten, die anderen auf eine Wiederkehr der alten Koalition. Tatsächlich haben heute vormittag gar keine bindenden Verhandlungen stattgefunden, und nur die eine Tatsache kann man feststellen, daß der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer-Kaufbeuren, der bekanntlich der Bayrischen Volkspartei angehört und sich lebhaft bemüht, die Bayrische Volkspartei immer mehr in den Vordergrund der politischen Bühne zu schieben, jetzt als der kommende Mann genannt wird. Vorläufig aber — und das erscheint uns als das Wichtigste — ist zu betonen, daß es sich noch gar nicht um Personenfragen handelt, und daß noch gar keine Basis für ein Kabinett vorhanden ist.

Dr. Mayer nimmt den Kanzlerposten an

Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) **11.30 Uhr abends.** Gemäß dem gestrigen Vorschlage der Demokraten, die Regierung nicht wieder im Kuhhandel der Parteien gewissermaßen zwischen den Fraktionen auszuknobeln, hat sich heute Trimborn im Einvernehmen mit seiner Fraktion dazu entschlossen, dem Reichspräsidenten einen Kanzler vorzuschlagen. Da Fehrenbach keine Neigung gehabt hat, den ihm angetragenen Posten zu übernehmen, hat Trimborn Dr. Mayer-Kaufbeuren, den derzeitigen deutschen Geschäftsträger in Paris, vorgeschlagen, dessen Einverständnis sich die Fraktion durch vorherige Rücksprache gesichert hatte. Der Reichspräsident hat diesem Vorschlag zugestimmt und Herrn Dr. Mayer auch seinerseits telegraphisch gefragt, ob er bereit sei, das Amt zu übernehmen. Die Antwort Dr. Mayers traf in der 11. Abendstunde in Berlin ein, wie wir hören, in zustimmendem Sinne. Die offizielle Ernennung Mayers zum deutschen Reichskanzler dürfte somit noch in dieser Nacht vollzogen werden.

Die Wahl Dr. Mayers hat verschiedene Beweggründe gehabt. Einmal außenpolitisch: denn der Schwerpunkt der Aufgaben des neuen Kabinetts wird in Spa liegen, und in dieser Hinsicht hat sich Dr. Mayer während seiner kurzen Pariser Tätigkeit ganz außerordentlich bewährt. Spa ist ja der eigentliche Zweck des Kabinetts, und seine Lebensdauer dürfte nach allem, was man sieht und hört, nur wenig über die Tage der Konferenz hinausgehen. Anderseits innerpolitisch: denn es war klar, daß man in der gegenwärtigen Situation nur einen Süddeutschen als Reichskanzler ernennen konnte, am besten einen Bayern, und es trifft sich ganz ausgezeichnet, daß dieser zugleich ein Abgeordneter der Bayrischen Volkspartei ist und somit seine Fraktion durch diesen ersten Vertrauensmann an das neue Kabinett gebunden ist.

Dr. Mayer dürfte noch heute abend Paris verlassen haben und im Laufe des morgigen Tages in Berlin eintreffen.

*

Reichskanzler Mayer — das ist vorläufig der erste Schritt zur Lösung der überaus schwierigen Situation, die in ihrer kritischen Verworrenheit und gefährlichen Unsicherheit im Volke noch gar nicht genügend verstanden wird. Natürlich ist die Krise mit der Ernennung des Reichskanzlers noch nicht behoben. Im Gegenteil, die eigentlichen Schwierigkeiten fangen erst an. An sich ist die Basis auch bei Hinzutritt der Deutschen Volkspartei schon recht schmal, und es wird schwer sein, die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen zu einer wohlwollenden oder zum mindesten zurückhaltenden Neutralität zu veranlassen. Ferner: wenn Zwei verschiedene Ziele haben, aber eine Wegstrecke gemeinsam, so können sie leicht eine Zeitlang miteinander wandern. Wenn zwei aber im Grunde dasselbe erreichen wollen, aber über die Wege, die zum Ziele führen, verschiedener Ansicht sind, so ist es schwer für sie, zusammenzugehen. Die Meinungen namentlich hinsichtlich der für uns notwendigen Außenpolitik sind zwischen Demokraten und Deutscher Volkspartei grundverschieden, und die Demokratische Partei, die sich in diesen Dingen in Uebereinstimmung mit dem Zentrum befindet, ist nicht in der Lage, in diesem Punkte von ihrer Auffassung über das, was zu geschehen hat, abzuweichen.

Dr. Trimborn hat heute mit dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze eine unverbindliche Besprechung gepflogen und ihm das Justizministerium angeboten. Heinze hat abgelehnt, da das Angebot nur an ihn persönlich ergangen sei und die Fraktion erst einen offiziellen Antrag zum Eintritt ins Kabinett erhalten müßte. Die Deutsche Volkspartei steht übrigens auf dem Standpunkte, daß eine solche Aufforderung gar nicht nötig sei. Sie wolle gar keine Persönlichkeiten ins Kabinett delegieren, und es käme ihr im Grunde nur auf das Programm des neuen Kabinetts an, von dem es ihre Zustimmung oder Ablehnung der Regierung abhängig machen würde. Insofern besteht Uebereinstimmung zwischen Zentrum und Volkspartei, als die Deutsche Volkspartei eventuell durch Fachminister ihres Vertrauens im Kabinett vertreten sein wird. Dr. Trimborn hat auch mit dem Fraktionsvorsitzenden der Demokraten, Senator Petersen, eine Besprechung gehabt, wobei er eine fast fertige Ministerliste vorlegte. Petersen hat ihm erwidert, daß für die Demokratische Partei allein die sachlichen Programmpunkte des neuen Kabinetts ausschlaggebend seien. Er hat des weiteren die Stellungnahme der demokratischen Fraktion auseinandergesetzt, über die wir an anderer Stelle berichtet haben.

In politischen Kreisen hält man dafür, daß die Sozialdemokraten ebenfalls ähnlich wie die Deutsche Volkspartei wohl einen Fachminister ihres Vertrauens im Kabinett belassen könnten. Es wäre dabei an den bisherigen Reichsverkehrsminister Bauer zu denken, der ja zu den Beamten gerechnet werden kann, die nach dem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion auf ihren Posten verharren sollen. Im übrigen wird Wert darauf gelegt, daß Dr. Mayer, der morgen wahrscheinlich an Stelle von Trimborn die Verhandlungen übernehmen wird, völlig freie Hand für die Bildung seines Kabinetts erhält und natürlich im Sinne der bisher von Trimborn geleisteten Vorarbeit weiter tätig sein dürfte. Ueber die Stellung der Bayerischen Volkspartei zum Zentrum wird gesagt, daß die Bayrische Volkspartei dem neuen Kabinett selbstverständlich nicht ablehnend gegenüberstehe, daß aber von ihrem Aufgehen etwa im Zentrum oder einem engen Anschluß an die alte Partei keine Rede sein könne.

Die Koalitionskrise in Oesterreich

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Die Koalitionskrise in Oesterreich bestand schon seit Wochen im geheimen. Trotzdem überraschte der Ausbruch, und er ist — das kann man wohl sagen — gegen den Willen der führenden Kreise in beiden Koalitionslagern gekommen. Wohl hatten sich in grundlegenden Fragen, so in der Frage der Vermögensabgabe, der Verfassungsfrage und endlich auch hinsichtlich der neuen Wehrmacht, ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Koalitionsparteien, den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen, eingestellt. Die legislatorische Behandlung namentlich der beiden ersten Fragen nahm daher einen überaus schleppenden Verlauf, und der jüngste Reichsarbeitertag hatte bereits den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung ein Ultimatum dahin gestellt, daß sie aus der Regierung auszutreten hätten, wenn die Vermögensabgabe nach den Mindestforderungen der Sozialdemokratischen Partei nicht vor den Sommerferien erledigt wäre. Aber es waren schon Kompromißverhandlungen eingeleitet, die einen ganz befriedigenden Verlauf nahmen, und man war eigentlich in allen wesentlichen Punkten bereits zu einer Einigung gelangt, als plötzlich über einer ganz anderen Frage das Unwetter losbrach.

In erster Reihe muß man in dem Krisenausbruch eine Rückwirkung der deutschen Reichstagswahlen erblicken. Durch sie wurde eben die Stimmung in beiden Lagern, besonders aber bei der Sozialdemokratie, sehr gereizt. Der Anstoß der Krise ging von keiner der beiden Koalitionsparteien, sondern von den in Opposition befindlichen Großdeutschen aus. Der Staatssekretär für Heerwesen hatte jüngst einen Erlaß über die Bildung und die Aufgaben der Soldatenräte der neuen Wehrmacht herausgegeben. Der Tiroler großdeutsche Abgeordnete Sepp Straffner brachte nun in der Nationalversammlung diese Angelegenheit zu einer dringenden Anfrage an den Staatskanzler zur Sprache, indem er den Erlaß des Staatssekretärs Deutsch als ungesetzlich bezeichnete, da nach dem klaren Wortlaut des Wehrgesetzes dieser Erlaß nur von der Staatsregierung, d. h. von der Gesamtheit der Staatssekretäre herausgegeben werden dürfte. Nachdem diese Angelegenheit einmal zur Sprache gebracht war, mußten nun auch die Christlichsozialen Farbe bekennen, und sie taten es, indem sie sich glatt auf den Standpunkt der Großdeutschen stellten. Noch ehe der Erlaß des Staatssekretärs Deutsch das Licht der Oeffentlichkeit erblickt hatte, hatte der christlichsoziale Unterstaatssekretär für Heerwesen Waitz mündlich und schriftlich seinen Protest gegen den Erlaß eingelegt. Aber auch über diese Streitfrage war man innerhalb der Koalition eigentlich schon zu einem Kompromiß gekommen. Danach sollte die Verfügung des Staatssekretärs Deutsch aufrechterhalten bleiben, aber die Wahlen zu den Soldatenräten vertagt werden. Es war nun ein kritisches Zusammentreffen, daß der Mann, der für die Christlichsozialen die Kompromißverhandlungen geführt und alle Fäden in Händen hatte, Professor Seipel, vor einigen Tagen durch einen Sturz von der Straßenbahn sich verletzt hatte und der Sitzung der Nationalversammlung nicht beiwohnen konnte.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Stellungnahme der Christlichsozialen als Illoyalität empfunden, und so kam es zu der provozierenden Aeußerung des Sozialisten Leuthner, daß die Christlichsozialen ja immer Gegner der Soldatenräte gewesen seien und nur unter den Drohungen der Sozialdemokratie und unter dem Eindruck des Kapp-Putsches, der sich gerade zur Zeit der Verhandlung über das Wehrgesetz ereignet hatte, zusammengeknickt seien und das Wehrgesetz mit den Soldatenräten geschluckt hätten. Sofort erklärte der Christlichsoziale Kurschak, unter dem stürmischen Beifall seiner Gesinnungsgenossen und der Großdeutschen, in den dann auch die Sozialdemokraten demonstrativ einstimmten, daß, wenn diese Erklärung Leuthners der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei sei, die Koalition noch heute aufgehört habe zu bestehen.

Sofort nach der Erklärung Leuthners begaben sich die christlichsozialen Parteiobmänner Vizekanzler Fink und Dr. Weißkirchner zu den Obmännern der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Friedrich Adler und Dr. Otto Bauer, mit der Frage, ob sich die Sozialdemokratische Partei mit der Aeußerung Leuthners identifiziere. Die Antwort lautete, daß dies nicht der Fall sei, und die Krise hätte noch in diesem Augenblick beigelegt werden können. Aber man wollte noch ein übriges tun, und auf Wunsch des Staatskanzlers Renner, Bauers, Skarets und der Gewerkschaftsführer sollte diese Erklärung des Parteivorstandes von der Partei selbst bekräftigt werden. In die spät Abends einberufene Parteisitzung platzten jedoch die Grazer Genossen hinein, die über die Grazer Vorgänge aufs äußerste erregt waren, und die Stimmung schlug plötzlich um. Es erfolgte der Beschluß, daß die sozialdemokratischen Vertreter aus der Regierung auszutreten hätten, worauf natürlich nichts weiter übrig blieb, als die Gesamtdemission des Kabinetts. So war also die Koalitionskrise doch noch akut geworden.

Wird die Koalition noch einmal geflickt werden, zum dritten Male? Es wird diesmal nicht so leicht sein, weil die Sozialdemokraten erklären, sie müßten jetzt auf der Forderung beharren, daß der Erlaß des Staatssekretärs Deutsch als gesetzmäßig anerkannt werde, während die Christlichsozialen erklären, daß er nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes gesetzwidrig sei. Daß die beiden bürgerlichen Parteien die Regierung übernehmen, erscheint ausgeschlossen. Ebenso daß die Sozialdemokraten allein die Regierung übernehmen könnten. Wenn also kein Ausweg gefunden wird, bleibt nichts anderes übrig, als eine Beamtenregierung aus Sektionschefs zu ernennen, ein Auskunftsmittel, zu dem man in der kaiserlichen Zeit ja nicht selten gegriffen hat. Aber seitdem

Das neue sächsische Wahlgesetz

Einteilung Sachsens in 10 Wahlkreise.

Δ **Dresden, 16. Juni.** (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Wie wir hören, wird die für Ende dieser Woche zu erwartende Regierungsvorlage über das neue sächsische Wahlgesetz ein gegenüber der Wahl zum Reichstag wesentlich verändertes Verfahren vorschlagen. Zunächst ist eine veränderte Abgrenzung der Wahlkreise vorgesehen, und zwar derart, daß Sachsen in 10 Wahlkreise eingeteilt werden soll. Diese Einteilung würde dem von der Reichsregierung seinerzeit für die Wahlen zum Reichstag ausgearbeiteten Entwurf C entsprechen. Die neuen sächsischen Wahlkreise sollen sich folgendermaßen zusammensetzen: Der 1. Wahlkreis umfaßt die Kreishauptmannschaften Bautzen mit den Städten Bautzen und Zittau; 2. Wahlkreis Stadt Dresden, 3. Wahlkreis Amtshauptmannschaften Pirna, Dippoldiswalde, Freiberg mit Stadt Freiberg, Dresden-A., Dresden-N., 4. Wahlkreis Amtshauptmannschaften Großenhain, Meißen mit Stadt, Döbeln, Oschatz, 5. Wahlkreis: Stadt Leipzig, 6. Wahlkreis: Amtshauptmannschaften Leipzig-Land, Grimma, Borna und Rochlitz, 7. Wahlkreis: Stadt Chemnitz, Amtshauptmannschaften Chemnitz und Flöha, 8. Wahlkreis Amtshauptmannschaften Marienberg, Annaberg, Schwarzenberg, 9. Wahlkreis: Stadt Zwickau, Amtshauptmannschaft Zwickau, Glauchau, Stollberg; 10. Wahlkreis: Stadt Plauen, Amtshauptmannschaft Plauen, Auerbach, Oelsnitz. Die Zahl der Abgeordneten soll wie bisher 96 betragen, die auf Wahlkreis- und Landeslisten gewählt werden. Die Ermittelung der Mandate soll folgendermaßen geschehen: Die in den 10 Wahlkreisen insgesamt, und zwar auf die Listen sämtlicher Parteien abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt und die Endsumme durch 96 geteilt. Dann gelten zunächst als gewählt soviel Kandidaten der einzelnen Parteien, wievielmal die betreffende Partei im Wahlkreise den Quotienten erfüllt hat. Die übrigbleibenden Stimmen werden dann auf die Landesliste abgegeben. Die Verteilung der Mandate auf Grund der für die Landesliste zusammenkommenden Stimmenzahlen geschieht dann, indem die von sämtlichen Parteien auf die Landesliste abgegebene Gesamtstimmenzahl geteilt wird durch die Zahl der bei den Wahlen im Wahlkreise nicht erledigten Mandate, d. h., wenn in den Wahlkreisen beispielsweise nur insgesamt 50 Abgeordnete gewählt worden sind, dann bleiben 46 nicht erledigte Mandate übrig und die Gesamtstimmenzahl der Landesliste wird durch diese Zahl, also durch 46, geteilt.

Die Vorbesprechung für Spa

Paris, 16. Juni. (Drahtbericht.) Die Konferenz in Boulogne-sur-Mer zwischen Millerand und Lloyd George zur Vorbesprechung für Spa wird nächsten Montag beginnen und bis Dienstag mittag dauern. Der Finanzminister François Marsal, Marschall Foch und General Weygand werden daran teilnehmen.

* * *

Breslau, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Oberschlesische Wanderer" erfährt, ist die Note, welche die Polen an Millerand behufs Teilnahme an der Konferenz von Spa gerichtet haben, noch nicht beantwortet. England und Italien verhalten sich ablehnend; Italien behauptet, daß Polen in Spa als Störenfried wirken und den Zweck der Konferenz vereiteln würde.

Das endgültige Kabinett Giolitti

Rom, 16. Juni. (Agenzia Stefani.) Das neue Kabinett hat sich wie folgt gebildet: Giolitti, Ministerpräsident und Inneres; Sforza, Auswärtiges; Rossi, Kolonien; Fera, Justiz; Tedesco, Finanzen; Meda, Schatz; Bonomi, Krieg; Secchi, Marine; Croce, Unterricht; Peano, öffentliche Arbeiten; Micheli, Landwirtschaft; Alessio, Industrie; Pascualino-Vassallo, Post; Rainerl, befreite Gebiete; Labriola, Arbeit. Die Minister haben dem König den Eid geleistet.